

Zahlreiche Hassverbrechen gegen Christen in der Türkei

📅 15.07.2024 🕒 13:24 KAP

Türkei/Religionsfreiheit/Kriminalität

"Freedom of Belief Initiative" veröffentlicht Bericht zu dokumentierten Angriffe gegen Angehörige religiöser Minderheiten

Rom/Ankara, 15.07.2024 (KAP) In der Türkei häufen sich Angriffe auf Friedhöfe, Gotteshäuser und andere religiöse Stätten von Christen. Das geht aus einem aktuellen Bericht der "Freedom of Belief Initiative" hervor, wie die Online-Portale "AsiaNews" und "Vatican News" melden. Christen waren demnach 2023 die Hauptopfer dokumentierter Angriffe gegen Angehörige religiöser Minderheiten in der Türkei. Der Bericht "Hassverbrechen in der Türkei aufgrund von Religion, Glauben oder Unglauben" verzeichnete im Vorjahr 47 Fälle religiös motivierter Gewalt. Zu den häufigsten registrierten Vorfällen zählen Drohungen, gewalttätige Übergriffe, Angriffe auf Gotteshäuser oder Friedhöfe und Sachbeschädigungen.

Die Studie dokumentiert einen Anstieg der Gewalt besonderes gegen Protestanten und Juden. Ein Mangel an wirksamen rechtlichen Verfahren zur Verfolgung dieser Verbrechen führt häufig zu Straflosigkeit, betont Funda Tekin, die Verantwortliche der Studie. Dies beeinträchtigt den sozialen Frieden und die Menschenrechte im Land erheblich.

Christen, Aleviten und Juden in der Türkei sind seit Jahren Ziel von Vorurteilen und feindseligen Handlungen. Viele Vorfälle bleiben ungemeldet, da Opfer oft eine hohe Toleranzschwelle aufweisen oder Angst vor sozialer Ausgrenzung verspüren. Der Bericht zeigt, dass bestimmte religiöse Stätten wiederholt angegriffen werden, was auf systematische Bedrohungen hinweist. Besonders beunruhigend ist laut "Vatican News" die zunehmende Gewalt gegen Protestanten, die durch voreingenommene Medienberichterstattung und hasserfüllte Rhetorik befeuert wird.

Die jüngste Eskalation der Gewalt gegen Juden, insbesondere mit dem Krieg in Israel und Gaza seit Herbst 2023, verdeutlicht die Notwendigkeit einer integrativen und pluralistischen Bildung in der Türkei, resümiert die Organisation. Ein antidiskriminierendes Bildungssystem und ein sichereres Schulumfeld seien unerlässlich, um Hassverbrechen entgegenzuwirken und die Rechte religiöser Minderheiten zu schützen.

INFO

Dienst	Aktueller Dienst
Media Topics	Religionsfreiheit, Kriminalität
Ressort:	Außenpolitik/Ausland
AutorIn:	Gutenbrunner, Wuthe
Genre:	Meldung